

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/168

3. September 1971

Die Zeit für eine Wiederannäherung ist reif

Vor einer neuen Seite deutsch-arabischer
Beziehungen?

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Seite 1 und 2 / 58 Zeilen

Ein großer Tag für Europa

Zur Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens

Seite 2a / 39 Zeilen

Volksmandat statt Delegation

Baldige Direktwahl des Europa-Parlaments nötig

Von Dr. Klaus-Peter Schulz SPD-MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 3 und 4 / 102 Zeilen

Aktuelle SPD-Pressediens-Dokumentation I

Politische Bilanz nach zwei Jahren
SPD/FDP-Koalition

Seite 5 und 6 / 64 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 8163
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 97-33
Telex: 886 840 886 847/
886 848 PFP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 86 11

Die Zeit für eine Wiederannäherung ist reif

Vor einer neuen Seite deutsch-arabischer Beziehungen?

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

1965 - vor nun schon sechs Jahren - brachen die arabischen Staaten Algerien, Ägypten, der Sudan, der Libanon, Syrien, Saudi-Arabien, der Iran, Jemen und Jordanien ihre diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik ab. Zu Kuwait hatten wir damals noch keine Beziehungen. Marokko, Tunesien und Libyen waren diesem Schritt 1965 nicht gefolgt. Mit dem Jemen und Jordanien sind die diplomatischen Beziehungen seit einiger Zeit wieder aufgenommen.

Nach diesen sechs Jahren hat es nun, 1971, keinen Sinn, nach den "Schuldigen" für den damaligen Abbruch zu suchen.

Ich selbst hatte in den letzten Wochen und Monaten häufig Gelegenheit, mit arabischen Politikern auch die deutsch-arabischen Beziehungen zu diskutieren. Pfingsten 1971 sprach ich in Kairo mit dem ägyptischen Präsidenten. El Sadat hat mir gegenüber nachdrücklich unterstrichen, daß er es für notwendig halte, "in der Geschichte zwischen den arabischen Ländern und der Bundesrepublik Deutschland eine neue Seite aufzuschlagen". Meine Informationen aus Algerien, aber auch aus anderen arabischen Staaten, sind genau so deutlich.

Das Bemühen um eine befriedigende Berlin-Regelung zwischen den Vier Mächten hat natürlich die deutsche Außenpolitik in den letzten Monaten entscheidend geprägt. Nun scheint mir die Zeit reif, auch das Problem der deutsch-arabischen Beziehungen wieder verstärkt in die Diskussion zu bringen.

Es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß Bundesaußenminister Walter Scheel anlässlich seines Besuchs am Rande der UNO-Vollversammlung die Gelegenheit zu einem Gespräch mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Abdel K. Hassuna, wahrnehmen wird. Diese vorgesehene Begegnung bringt die Bereitschaft der Bundesrepublik zur

Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit den arabischen Ländern klar zum Ausdruck.

Unbestritten ist auch, daß der Abbruch der Beziehungen weder den arabischen noch den deutschen Interessen genutzt hat; im Gegenteil: auf Dauer steht zu befürchten, daß die nichtvorhandenen diplomatischen Beziehungen zwischen den Hauptstädten von acht arabischen Ländern und Bonn sich auch nachteilig auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit ausdehnen könnte. Und das schadet allen.

Am 11.9.1971 treffen die arabischen Regierungen zu einer gemeinsamen Sitzung der Arabischen Liga zusammen. Dabei wird auch über das Verhältnis der arabischen Länder zur Bundesrepublik Deutschland gesprochen. Es wäre hilfreich, wenn bei dieser Gelegenheit die Arabische Liga Abbruchbeschluss von 1965 überprüfen und aufheben würde, um damit die Möglichkeit zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu geben.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal an die Regierungserklärung vom 28.10.1969 erinnern, in der Willy Brandt sagte:

"Unter den gegenwärtigen Spannungsherden ist der Konflikt im Nahen Osten besonders besorgniserregend. Die Bundesregierung meint, daß es im Interesse der betroffenen Völker läge, eine Lösung zu finden, wie sie in der Entschließung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 22. November 1967 angeboten wurde. Wir wünschen gute Beziehungen zu allen Staaten dieser Regionen und bestätigen die Entschlossenheit, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern".

Bei der Lösung dieser Frage stehen wir nicht unter Zeitdruck. Aber die Zeit für eine Wiederannäherung scheint nun im beiderseitigen Interesse gekommen zu sein. Alle Beteiligten sollten diese Chance nutzen.

(-/ex/3.9.1971/ks)

+ + +

Ein großer Tag für Europa

Zur Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens

Vor 32 Jahren, in den ersten Septembertagen 1939, hat sich die Nacht über Europa gesenkt, begann die Zerstörung dieses Kontinents. Unendliches Leid hat dieser vom Dritten Reich freivolhaft entfesselte Krieg über die Völker gebracht, 50 Millionen Tote und viele Millionen Vertriebene kennzeichnen seine Wegstationen. Am grausigen Ende stand die Spaltung Deutschlands und die Spaltung Europas, ausgelöst durch den Zerfall der Siegermächte. Berlin entwickelte sich in den Nachkriegsjahren zum gefährlichsten Krisenherd des Kontinents, an dieser Stadt entzündeten sich die heftigsten Auseinandersetzungen zwischen Ost und West. Über Berlin schwebte eine ungesicherte Zukunft.

32 Jahre nach Kriegsausbruch sieht Europa freundlicheren und helleren Zeiten entgegen. Mit der Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin wurde ein leidvolles Kapitel innerdeutscher und europäischer Geschichte abgeschlossen. Das ist ein Vorgang von großer geschichtlicher Tragweite. Nach menschlichem Ermessen wird es Berlin-Krisen nicht mehr geben. Daß die Verständigung über einen authentischen Text in deutscher Sprache einige Schwierigkeiten bereitete, kann eher als ein gutes Zeichen aufgefaßt werden, wird doch die Möglichkeit von Mißinterpretationen auf ein Minimum beschränkt. Aufmerksam wird daher die Welt verfolgen, wie sich die beiden deutschen Staaten unter dem Dach des Vier-Mächte-Abkommens arrangieren und einen Rahmen ausfüllen, den nur sie ausfüllen können. Das kann nur in Verantwortung vor dem deutschen Volk und vor ganz Europa geschehen. Es hat von deutschen Querelen genug.

Die durch feierliche Unterschrift vollzogene Einigung der Vier Mächte über eine alle Seiten zufriedenstellende Berlin-Regelung räumt Schutt aus dem Weg, den der Zweite Weltkrieg und der darauf folgende Kalte Krieg hinterlassen hat. Sie beseitigt nicht nur die Unsicherheit, sondern läßt auch begründet hoffen, daß sie die Ost-West-Beziehungen positiv beeinflußt und die Bahn freimacht für größere Schritte in Richtung einer gesicherten europäischen Friedensordnung. Dies erwarten die Völker Europas. Das Ansteuern auf eine europäische Friedenskonferenz kann nach der Beseitigung des größten Hindernisses in Europa nun erfolgen. (ex/ex/3.9.1971/bgy)

+ + +

Volksmandat statt Delegation

Baldige Direktwahl des Europa-Parlaments nötig

Von Dr. Klaus-Peter Schulz SPD-MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Der mit den sechs Partnern vereinbarte und hoffentlich noch in diesem Jahr durch das Unterhaus sanktionierte Beitritt Großbritanniens zu den Gemeinschaften hat die europäische Landschaft nicht nur quantitativ, sondern vor allem qualitativ entscheidend verändert. Die Bereitschaft Londons, Seite an Seite mit den bisherigen Partnern gleiche Rechte auszuüben und damit gleiche Pflichten zu übernehmen, wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit den Weg auch für die drei anderen Beitrittskandidaten Dänemark, Norwegen und Irland freimachen. Das fast schon klassisch anmutende, nichtsdestoweniger fragmentarische Europa der Sechs verwandelt sich also mit unerwartetem und noch vor kurzer Zeit für undenkbar gehaltenem Tempo in ein Europa der Zehn. Damit sind für absehbare Zeit die Grenzen jenes Teils unseres Kontinents abgesteckt, der auch im politischen Sinne ebenso integrationsreif wie integrationsfähig ist. Die magische Zahl von 250 Millionen Menschen als einer künftigen Schicksals- und Handlungseinheit beginnt Konturen und Realität anzunehmen.

Die Krönung des begonnenen Werks setzt freilich voraus, daß der enorme Gewinn des demokratisch verfaßten Europa in die geographische Breite hinein auch im vertikalen Sinne gefestigt und gesichert wird. Daß die fortschreitende Einigung jener 250 Millionen nicht nur den Regierungen und den Technokraten überlassen werden darf, ist für jeden Überzeugten Anhänger der parlamentarischen Demokratie nachgerade eine Binsenweisheit. Aus entsprechenden Programmsätzen und Zielvorstellungen werden jedoch mit jedem Tage deutlicher sichtbare praktische Aufgaben. Natürlich wäre es vernünftig und für die Politisierung der Gemeinschaften segensreich, könnte sich der verantwortliche Ministerrat dazu durchringen, dem Europäischen Parlament so bald wie möglich mehr Kompetenzen sowohl der Kontrolle wie auch der unmittelbaren Legislative zu verleihen. Ein so großzügiger und selbstverleugnerischer Entschluß ist freilich für die nächste Zukunft kaum zu erwarten. In der Instanz des Ministerrats verkörpert sich nach wie vor ein zu starker Hemmungswiderstand zugunsten nationaler Egoismen, die den Durchbruch zu neuen Ufern nicht nur zu bremsen, sondern immer noch substantiell zu gefährden vermögen. Umso gebieterischer zeichnet sich daher die Erkenntnis ab, daß der nächste entscheidende Schritt den nationalen Parlamenten obliegen wird. Sie müssen begreifen, daß sie gerade im Zeichen einer sich hoffentlich schon bald glaubwürdig abzeichnenden Wirtschafts- und Währungsunion Kompetenzen nur abtreten dürfen, wenn diese auf ein prinzipiell gleichartiges demokratisches Organ übergehen. Das Europa der Zehn wird außerdem noch dringender als das bisherige Europa der Sechs einer zentripetalen Instanz bedürfen, in der sich mehr und mehr ein supranationales Gewissen überzeugend ver-

körpert.

Nun ist die Frage der Direktwahl des Europäischen Parlaments im Grunde so alt wie die Gemeinschaften selbst. Nach dem Willen der Urheber der Römischen Verträge sollte sie mit der Stärkung der parlamentarischen Befugnisse einhergehen und eines nicht allzu fernen Tages vom Ministerrat für alle Partnerstaaten gemeinsam verbindlich eingeführt werden. Doch war auf diesem Gebiet die Entwicklung im letzten Jahrzehnt alles andere als ermutigend. Ein vom Europäischen Parlament schon im Mai 1960 ausgearbeiteter Entwurf ist vom zuständigen Ministerrat bis zum heutigen Tage nicht ernsthaft behandelt worden, jedenfalls nicht mit der Absicht, ihn im Sinne der Römischen Verträge in absehbarer Zeit zu realisieren.

Sollen nicht noch weitere kostbare Jahre ungenutzt verstreichen, müssen sich die nationalen Parlamente der Gemeinschaftsländer bald zu eigenem energischem Handeln aufraffen. Die Römischen Verträge sehen zwar vor, daß die Mitglieder des Europäischen Parlaments bis zur Einführung allgemeiner Direktwahlen von den nationalen Parlamenten aus ihrer Mitte ernannt werden, aber ausdrücklich "nach einem von jedem Mitgliedsstaat bestimmten Verfahren". Nichts hindert also die nationalen Parlamente an der Verabschiedung eines für ihre Länder verbindlichen Gesetzes, wonach vor deren formeller Ernennung die auf sie entfallenden Mitglieder des Europäischen Parlaments direkt gewählt werden.

Die Bereitschaft, vor einer allgemeinen Regelung entsprechend zu verfahren, wird durch die bevorstehende Erweiterung der Gemeinschaften zweifellos nicht aktiviert, sondern im Gegenteil erheblich gebremst werden. Umso notwendiger ist es, daß sich die Parlamente der Mitgliedsstaaten, in denen sich die Einsicht von der Notwendigkeit supranationaler Lösungen allmählich durchgesetzt hat, in ihren Aktivitäten nicht mehr aufhalten lassen. In den Beneluxländern sind entsprechende Vorbereitungen schon weit gediehen, in Italien hat die Europäische Bewegung kürzlich ein eindrucksvolles Plebiszit veranstaltet, das die parlamentarischen Körperschaften ebenfalls zu entsprechenden Initiativen zwingen dürfte. Auch und gerade die Bundesrepublik darf hier nicht zurückstehen, sondern sollte vielmehr den anderen Partnern ein eindrucksvolles Beispiel geben. Der alte Streit, ob nicht - was grundsätzlich natürlich sehr zu begrüßen wäre - eine Stärkung der Befugnisse des Europäischen Parlaments der Direktwahl voraufgehen müsse, wird sich sehr bald durch die oft zitierte normative Kraft des Faktischen erübrigen. Ist nämlich erst einmal ein großer Teil der Mitglieder jenes Parlaments direkt gewählt, statt, wie bisher, aus dem nationalen Rahmen nur delegiert, zeichnen sich erste und entscheidende Elemente einer längst überfälligen europäischen Völkersouveränität ab, an denen kein wirklicher Demokrat achtlos vorübergehen dürfte, auch wenn er von Amts wegen ins Lager der Exekutive oder der Technokraten gehört.

Schließlich gibt es noch eine praktische, gleichsam humane Erwägung, die rasches Handeln erfordert. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden heute schon mindestens hundert Tage im Jahr für ihre Aufgaben beansprucht. Ihre Belastung wird künftig noch erheblich zunehmen. Sie können daher ihre volle Funktion im jeweiligen nationalen Parlament mit den Erfordernissen des Europäischen Parlaments schlechterdings nicht mehr vereinbaren. Die Wirkungen einer Direktwahl, wo immer sie möglich ist, werden, dessen kann man gewiß sein, in erstaunlich kurzer Zeit über alle Einwände der Skeptiker zur Tagesordnung übergehen. (-/3.9.1971/ks)

Die aktuelle SPD-Pressedienst-Dokumentation I

Politische Bilanz nach zwei Jahren SPD/FDP-Koalition

(ohne Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik)

Die Regierung "fordert viel, nicht nur von anderen, sondern auch von sich selbst". Das sagte Bundeskanzler Willy Brandt am 28. Oktober 1969 in seiner Regierungserklärung. Heute, beinahe zwei Jahre danach, steht fest: Trotz mancher Reibungsverluste, mancher Regierungsspannen, hat die Koordination, die Planung, geklappt; der erste grundlegende Wechsel in der bundesdeutschen Demokratie hat einen Arbeitseifer ausgelöst, hinter dem die Opposition nun seit zwei Jahren hinterherargumentiert.

Das gilt auch für die Bereiche Bundeswehr, Verkehr, Rechtsreform, Umweltschutz und Steuerreform.

Die Bundeswehr, früher mehr Sorgenkind als integriert in unsere Gesellschaft, wurde endlich analysiert: Das Weißbuch 1970 plant 124 Verbesserungsmaßnahmen; davon sind 92 bis heute verwirklicht. Dazu hat die Bundesregierung die Vorhaben nach mehr Wehrgerechtigkeit, sozialer Besserstellung der Soldaten, besserer Bildung in der Bundeswehr und die Neuordnung im Rüstungsbereich angepackt. Alles Dinge, die seit Jahren überfällig waren.

Was Verkehrsteilnehmern Mühe macht, wird gemeinhin nicht als Erfolg gebucht. Dennoch: die Harmonisierung unseres Straßenverkehrs auf die europäischen Notwendigkeiten ab 1. März 1971 ist wichtig und zudem ein Schritt zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr.

Der Verkehrsbericht der Bundesregierung sieht bis 1985 ca. 13.500 km Bundesfernstraßen vor. Es wird mehr Sicherheit in die Bundesbahn eingebaut.

Strafrechtsreform - 100 Jahre alte Gesetze gelten heute noch. Bereits ein halbes Jahr nach dem Regierungswechsel verabschiedete der Bundestag ein neues Demonstrationsrecht. Damit wird endlich

die Grenze zwischen der geschützten friedlichen Meinungs- und Demonstrationenfreiheit und kriminellen gewalttätigen Übergriffen bei Demonstrationen sichtbar.

Wie dringend diese Reform ist, zeigt die hitzige, oft von Vorurteilen bestimmte Diskussion der geplanten Neufassung des Sexualstrafrechts. Ziel: Die Reform des Strafrechts soll die Intimsphäre des Bürgers vor staatlichen Eingriffen schützen. Die Einzelbestimmungen sind in der Beratung der Bundestagsausschüsse.

1971 hat die Öffentlichkeit endlich eine Regierung, die sich der gefährlichen Herausforderung unserer technischen Entwicklung stellt: Umweltverschmutzung. Diese Bundesregierung will, daß Umweltfreundlichkeit neben Wachstum, Preisstabilität und Vollbeschäftigung bei jeder politischen und ökonomischen Maßnahme gleichberechtigt beachtet wird.

Dazu gibt es bereits ein Aktionsprogramm der Bundesregierung; das war eine exakte Problembeschreibung dessen, worum es geht. Das Umweltschutz-Grundsatzprogramm, an dem die Bundesregierung wohl noch bis Herbst 1971 arbeitet, wird sagen, was Umweltschutz, die Sicherung unserer Gesundheit, kosten wird. Und was zu tun ist. Die Wichtigkeit dieser Aktionen wird heute nirgendwo mehr bestritten.

Die Steuerreform-Aufgabe ist klar: "Unser Ziel ist es, ein gerechtes, einfaches und überschaubares Steuersystem zu schaffen" (Regierungserklärung). Die Steuerreform, längst fällig und seit Jahren vernachlässigt, ist nach zwei Jahren SPD/FDP-Koalition auf dem Wege: die Eckwerte und Grundsätze der Bundesregierung liegen seit 11. Juni 1971 fest. Ziele im einzelnen: die Steuerlasten gerechter verteilen, das Steuersystem einfacher zu machen, eine bessere Versorgung unserer Bevölkerung mit öffentlichen Leistungen möglich machen und moderne Entwicklungen elastisch im Steuerrecht erfassen.

Mit diesen fünf Bereichen wurden Bilanz-"Mauerblümchen" beleuchtet, die vielfach nur am Rande erwähnt werden. Zu Unrecht. Denn es entspricht der Arbeitslogik dieser Bundesregierung in vielen Bereichen, erst einmal Neuland zu bestellen, also zu beginnen, zu planen, um dann bis 1973 zu konkreten Lösungen zu kommen.

(am/wr/3.9.1971/bgy)

+ + +
Fortsetzung folgt am 6. September 1971